Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 61 (1981)
Heft: 1

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

EUROPA—TÜRKEI: GEDULD TUT NOT ...

Die türkische Innen- und Aussenpolitik hat in den letzten Jahren manche Wechselbäder durchgemacht. Hat der Putsch der Militärs in breiten Teilen der Türkei und der 47-Millionen-Bevölkerung Erleichterung und neue Hoffnung gebracht, sind die Töne aus Westeuropa eher kritisch gestimmt. Kritik üben insbesondere die eher links stehenden Kräfte in Europa und in der Türkei, denn allem Anschein nach steuert das Militär in Ankara im (langen?) Zug der Wiederherstellung der Demokratie auf einen konservativen Zentrum-Rechtskurs zu. Dabei dürften die radikale Islamische Heilspartei sowie die faschistische Aktionspartei politisch ausgespielt haben, aber auch die beiden Spitzenpolitiker Süleyman Demirel von der Gerechtigkeitspartei wie Bülent Ecevit von der Republikanischen Volkspartei. Der erste hat sich mit Anklagen gegen Korruptionsaffären zu verteidigen, der zweite hat während seiner letzten Regierungszeit 1977–1978 die Gunst der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie eines Teils der Bevölkerung eingebüsst. So unbestreitbar das Charisma Bülent Ecevits war und sicher noch ist, als «Retter» von Staat und Demokratie wird er nach seinem Abgang nicht aus dem Sturz der Demokratie hervorgehen. Dies dürfte dann sicher auch nicht als die Schuld des Militärs gewertet werden, denn der Rechtsdrift der Junta ist nicht mit absoluten Massstäben, sondern in der Relation des gesellschaftlichen Chaos und der ökonomischen Krise zu messen. Ohne elementares Wissen um die vielfältigen Probleme der Türkei, ohne eine gewisse Sensibilität für dieses Volk und seine Sorgen und Anliegen – also ohne Verständnis und Geduld kann Europa nichts für den fiebergeschüttelten Mann am Bosporus tun. Wohl aber mit der Fortführung der wirtschaftlichen Hilfsmassnahmen und mit dem stetigen Appell, die Grundprinzipien der Menschenrechte einzuhalten. Diesbezüglich ergänzen sich für einmal Europarat, Europäisches Parlament, EG-Kommission und EG-Rat recht gut.

Makrostruktur und Mikrokosmen

Die Türkei zerfällt nach wie vor in vorwiegend zwei Gesellschaftsschichten: in eine westlich orientierte in den Städten sowie in Kleinasien, und in jene Schicht, die den von Kemal Atatürk befohlenen Weg nie oder nur widerwillig betreten hat. Die Dörfer Anatoliens sind weitgehend noch vom Islam, von der Grossfamilie, von den alten Sitten und Gebräuchen geprägt. So hat sich die Türkei aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre in unzählige Mikrokosmen aufgeteilt. Man müsste fast jedes Dorf, von Kleinasien bis an die iranisch-russische Grenze, jede Siedlung vom Schwarzen Meer bis zur syrisch-irakischen Grenze im Süden abklopfen, die verschiedenen Quartiere der Grossstädte besuchen, um die komplizierten Strukturen, um die Mechanismen, die das Land am Leben erhalten und es gleichzeitig lähmen, gültig durchschauen zu können. Dann wäre auch das (Un-) Wesen der politischen Anarchie, der ökonomischen Not sowie der sozialen Unge-

rechtigkeiten fassbar, die zum Putsch am 12. September geführt haben.

Frappant der türkische Ost-West-Konflikt: das Herz der Türkei ist Anatolien, aber ihre Lebensadern schlagen im Westen – in Kleinasien, Istanbul und Ankara. Entsprechend gross ist das wirtschaftliche und soziale Gefälle: knapp 40 % des türkischen Bruttosozialprodukts von rund neunzig Milliarden Franken stammt aus den westtürkischen Regionen. Zwar leben noch 60 % der jährlich um fast 3 % anwachsenden Bevölkerung auf dem Land (noch 47 % sind in der Landwirtschaft beschäftigt), doch der Verstädterungsprozess hat beängstigende, teils unerträgliche Formen und Lebenssituationen hervorgerufen. Wenn diese Agglomerationsprozesse andauern, kann Istanbul bis zum Jahr 2000 soviele Einwohner zählen wie ganz Griechenland! Mehr als statistisch wäre ein solcher Zustand nicht mehr fassbar... Ausserhalb der Städte sind von den 10 Millionen Bauern (Grossgrundbesitzer, Mittelstandsbauern, Kleinbauern und viele Leibeigene) rund 3 Millionen land- und besitzlos. 60 % der türkischen Bauern können nur weniger als drei Hektaren Land ihr eigen nennen. Vor allem sind es Massen von Bauern, die sich jährlich in sogenannten Gecekondus ansiedeln: dies sind die Slums, die sich als Arbeiter- (und Arbeitslosen)slums wie Korallenringe um die Städte ausbreiten.

Wirtschaftliche Krisen seit 1973

Konnte sich Europa nach dem ersten Ölpreisschock und der nachfolgenden Rezession erholen, konnte dies die Türkei mitnichten. Die Hauptgründe liegen in der extrem hohen Erdölabhängigkeit, die jährlich 70–80 % der gesamten Exporterlöse verschlingen, sowie in der systembedingten Unfähigkeit, die wirtschaftlichen Strukturen den schnell ändernden Erfordernissen anzupassen. Die wesentlichen Gründe liegen in der türkischen Wirtschaftsgeschichte selbst. Die von Atatürk angestrebte exportorientierte Ausrichtung der Wirtschaft wurde in den fünfziger Jahren unter dem 1961 hingerichteten Ministerpräsidenten Menderes aufgegeben. Die Wirtschaft wurde im wesentlichen auf die Bedürfnisse des Inlandmarktes ausgerichtet. Das Schlagwort hiess «Unabhängigkeit». Staat und Wirtschaft waren dabei stets eng miteinander verflochten. Die erstmals 1934 eingeführte staatliche Planung wurde 1965 weiter perfektioniert und mündete damit in eine «partielle Planwirtschaft».

Mit dem EG-Assoziationsabkommen von 1963 wurde allerdings eine wirtschaftliche Öffnung anvisiert. Doch die Regierungen der Republikanischen Volkspartei sowie der Gerechtigkeitspartei schotteten sich periodisch mit Importschranken von den Aussenmärkten ab. Beide Politiker, Demirel und Ecevit, die sich viel zu oft in der Regierungsmacht abwechselten, betrieben stets eine möglichst autarke Politik der Importsubstitution: mit grösstmöglicher Eigenanstrengung wollte die Türkei auf Dauer den für eine offenere Integration möglichen Entwicklungssprung schaffen. Schmälerte sich die Entwicklungslücke bis 1973, klaffte sie nach der ersten Ölkrise um so mehr wieder auseinander. Weder der zeitweise als «liederlich» getadelte Demirel noch der oft

als «utopisch» bezeichnete Ecevit brachten die seither aus den Fugen geratene Wirtschaft wieder in Ordnung.

Nach den schlechten Resultaten im Wirtschaftsleben – was auch an der psychischen Substanz des enttäuschten türkischen Volkes zu zehren begann – versuchte die Republikanische Partei nach dem Wahlsieg 1977 mit tiefgreifenden Reformen über den eigenen Schatten zu springen. Doch Ecevits internes Programm einer wirtschaftlichen Dezentralisierung mit starker staatlicher Lenkung brachte aus Zeit- und Kapitalmangel ein noch grösseres Chaos: weder arbeiteten die staatlichen Unternehmungen effizienter, noch liess sich sein Modell der selbstverwaltenden Produktionseinheiten seinem Wunsch gemäss verwirklichen. Die von den Oppositionsparteien (vor allem Erbakans traditioneller Heilspartei und Türkesch's Aktionspartei) beherrschten Regionen unterminierten die neuen Bestrebungen ebenso, wie die Sozialisten den neuen Wirtschaftskurs von Demirel, der 1979 wieder an die Macht gelangte.

Das Assoziationsverhältnis zur EG war inzwischen auch «eingefroren». Die Wirtschaftskrise – an einem schwindelnden Höhepunkt angelangt – trug vor Jahresfrist alle Merkmale einer «klassischen» Mangelwirtschaft, in der alle Indikatoren, ökonomische und soziale, miteinander vernetzt und verwoben, spiralenförmig nach unten tendierten: klaffende Energielücke, Einschränkung der Produktionen, unausgelastete Kapazitäten, 20 % Arbeitslosigkeit, Absinken des Exportvolumens und damit weitere Devisenausfälle. 1979 wuchs das Sozialprodukt um ganze 1,8 %. Verglichen mit der Zunahme der Bevölkerung kam dies einer Verschlechterung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens gleich. Doch hat sich auch die Einkommensverteilung in der gleichen Zeitperiode zu Ungunsten der mittleren und unteren Schichten verschoben. Die Inflation betrug für 1979 63 %, die durchschnittliche Kapazitätsausnutzung unter 50 %. Sparquote und Investitionsrate hatten sich zurückgebildet, der Schuldenberg auf über 15 Milliarden Dollar aufgetürmt.

Ein «neuer» Wirtschaftskurs

Seit Atatürk wurde in der Türkei dem Etatismus gehuldigt. In ihm liegt ein weiterer Grund der Wirtschaftskrise und der zerrütteten Staatsfinanzen: die Staatsbetriebe gerieten nun in völlige Misswirtschaft; die Verluste waren stets vom Staat zu zahlen, dessen Finanzloch in Abgründe blicken liess. Die ganze Talfahrt erhielt am 24. Januar 1980 einen brüsken Stopp. An diesem Tag hat die Regierung Demirel auf Druck des Internationalen Währungsfonds – der neue, bedeutende Kredite in der beachtlichen Höhe von rund 7 Milliarden Dollar zur Verfügung stellte – radikal mit der türkischen Wirtschaftstradition brechen müssen. Marktwirtschaftliche Prinzipien haben mit der Berufung Özals zum Wirtschaftsberater der Regierung Einzug gehalten.

Dass Özal, der grosse Erfahrungen aus seiner IWF-Anstellung mit sich nach Ankara trug, im September zum Vize-Premier der Junta-Regierung ernannt wurde, beweist, dass der neueingeschlagene Wirtschaftskurs im Prinzip fortgeführt wird. Das bedeutet allerdings nicht die vollumfängliche

Reprivatisierung der Staatsbetriebe. Doch die bisher mit reichlich fliessenden Subventionen gestützten Staatsunternehmungen (von der Bekleidung über die Grundnahrungsmittel bis zur Stahlproduktion usw.) müssen seit Anfang 1980 nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage produzieren. Mit einmal hiess es also, von einer liebgewordenen Wirtschaftsmentalität Abschied zu nehmen. Beispielsweise sind die Preisbindungen – mit Ausnahme bei Kohle, Elektrizität und Frachtsendungen – aufgehoben worden. Gleichzeitig wurden die zuvor künstlich tief gehaltenen Preise des Staatssektors – was in den letzten Jahren zu Schwarzmärkten geführt hatte – auf praktisch sämtlichen Produkten und Dienstleistungen bis zu 200 % erhöht. Dies mit dem Ziel, die Konkurrenzfähigkeit der Privatwirtschaft zu verbessern, die Staatsfinanzen zu entlasten und die «Parallelwirtschaft» zu beseitigen.

Diese Massnahmen – zusammen mit gleichzeitigen Preiserhöhungen im privaten Sektor – haben zu einem neuen, gewaltigen Preisschub in den ersten Monaten dieses Jahres geführt. Er hat aber – und dies war das Ziel der Austeritätspolitik – seit Mai an Kraft verloren. Weitere Massnahmen dieses von aussen diktierten, gegenwärtig von innen getragenen wirtschaftlichen Reformprogramms, das von Ecevit als «Neandertaler Modell» apostrophiert wurde, waren: Abwertung der türkischen Währung um 48 % (um den Wechsel-Schwarzmarkt auszutrocknen, die Exporte zu erleichtern und die Überweisungen der Türken aus dem Ausland zu fördern). Vermochten letztere noch 1974/75 das Handelsdefizit zu decken, betrugen sie im ersten Halbjahr 1980 «nur» noch 750 Millionen Dollar. Der weitaus grösste Teil der Ersparnisse liegt auf Konten deutscher Banken. Zur Wiederbelebung der Privatwirtschaft wurden Importerleichterungen für Rohstoffe und Maschinenausrüstungen gewährt, um die seit Monaten reduzierte Produktion anzukurbeln.

Nicht von heute auf morgen

Die Wirtschaft kann und wird nicht von heute auf morgen gesunden. Auch nicht das sozial und politisch vergiftete Klima. Von daher gesehen werden unerhörte Erwartungen an eine Militärführung gestellt, die allerdings auch nicht von Irrtümern verschont wird.

Die von der Junta sofort verfügte Erhöhung um 70 % der untersten Einkommen war angesichts der Inflationsraten überfällig. Diese erste Massnahme war aber über die Not hinaus auch ein symbolischer Akt. Das Militär, bis vor kurzem eher der Republikanischen Volkspartei verbunden, setzte sich in seiner Geschichte stets für das Los der ärmeren Bevölkerungsschichten ein. Dies vor allem deshalb, weil früher die Offiziere im allgemeinen nicht nur aus den unteren Schichten rekrutiert waren, sondern selbst zu den Schlechtverdienern gehörten. Dies hat sich inzwischen drastisch geändert: Offiziersgehalte gehören heute zu den bestdotierten, und die militärische Elite ist mehr und mehr auch von der mittleren Schicht und der Bourgeoisie durchsetzt. Ebenso ist der Militärapparat mit staatlichen und privaten Unternehmungen verflochten.

Ist das Militär bis in die jüngste Zeit hinein republikanisch, laizistisch und kemalistisch gewesen, müssen also heute angesichts einer bedrohlicher

gewordenen politischen und ökonomischen Umwelt doch einige Vorbehalte angebracht werden: die Junta hat sich nicht nur von Ecevits Partei distanziert, sondern auch den Kemalismus durch die radikale Einführung der marktwirtschaftlichen Prinzipien zumindest relativiert. Da hilft die Ausrede nicht über jeden Zweifel hinweg, schon Atatürk hätte für die Zukunft eine freie Wirtschaft angestrebt. Mit dem relativen Wandel der «Militärphilosophie», die aber stets praktisch und konkret gewesen ist, zeigt sich aber offensichtlich, dass der Junta das «Prinzip der Staatserhaltung» an erster Stelle liegt; von daher «rechtfertigen» sich die Verfolgung Andersdenkender und extremistischer Aktivisten dann ganz gut . . .

Offene Fragen

Ob dereinst die Türkei dreizehntes EG-Mitglied wird, ist von einer Nacht auf die andere aktuell und dann wieder nicht. Wichtig ist, dass die Europäer das Ihrige dazu beitragen, um die ökonomische Krise in der Türkei überwinden zu helfen. Ein wachsames Auge der europäischen Institutionen auf die Politik der türkischen Militärjunta tut ebenso not wie die Geduld auf «beiden» Seiten, bis sich die Demokratie in der Türkei wieder etablieren kann. Die Freilassung von Demirel und Ecevit sowie der meisten Parlamentarier sind positive Zeichen, doch dürfte sich der Notzustand noch auf viele Monate hinaus ziehen.

Die Militär- und Technokratenführung wird dabei gezwungen sein, nach einer bestimmten Zeit konkrete Erfolge im Wirtschaftsleben auszuweisen. Noch ist z. B. die Inflation sehr hoch.

Dann stellen sich für die Türkei für Gegenwart und Zukunft tiefschürfende Fragen, die die türkische Professorin Zehra Önder (Freie Universität Berlin) an einem Türkei-Seminar in Brüssel aufgeworfen hat:

- wird die konzeptionelle Basis der türkischen Politik – der Kemalismus – den innen- und aussenpolitischen Entwicklungen gerecht?
- Wie ist die «Identität» eines Türken bzw. einer Türkin zu definieren?
- Handelt es sich um eine von europäischen Werten und Normen determinierte Identität, oder um eine vom Islam geformte?
- Lässt sich der Konflikt zwischen Eliten und Massen in der Türkei zugunsten einer nationalen Identität auflösen?
- Welche sozio-ökonomischen Motive kennzeichnen das Minoritäten-Problem, insbesondere im Hinblick auf die islamisch-orientalischen Minderheiten wie Kurden, Alewiten, Araber?
- Ist eine ideologisch-kulturelle Neuorientierung der Türkei notwendig und möglich, und inwieweit würde sie gegebenenfalls von islamischem und von westlichem Ideengut beeinflusst?

All diese Fragen werden – selbst nach der Wiederherstellung der Demokratie und eines einigermassen ökonomischen Gleichgewichts in der Türkei – aktuell bleiben. Gerade auch für die Europäer, die sich langfristig ihr Verhältnis zum türkischen Nachbar gründlicher und daher über die Finanzhilfen hinaus überlegen müssen.

Hans Jörg Mettler und Walter Lüthi

DIE RÜCKKEHR DES VERLORENEN SOHNES

Griechenland wieder volles Nato-Mitglied

«Nachdem sich die Unfähigkeit der Nato gezeigt hat, die Türkei davon abzuhalten, eine Konfliktsituation zwischen zwei verbündeten Ländern zu schaffen, hat Ministerpräsident Karamanlis Instruktionen für die Streitkräfte Griechenlands erlassen, sich aus dem Nato-Bündnis zurückzuziehen. Griechenland wird nur noch Mitglied des politischen Zweiges der Nato bleiben.» Das war der Wortlaut eines offiziellen Communiqués, das Mitte August 1974 in der griechischen Presse erschien. Die schwerwiegende Entscheidung war kurz nach Beginn der zweiten türkischen Militäraktion («Attila II») auf Zypern gefallen. Im Verlaufe dieser am 14. August 1974 gestarteten zweiten Aktion hatte die türkische Invasionsarmee etwa 40 Prozent des Gesamtgebietes der Inselrepublik besetzt [1].

Etwas mehr als sechs Jahre blieb Griechenland dann ausserhalb der militärischen Organisation der Allianz. Nun hat die von der Nato vehement erstrebte Rückkehr des verlorenen Sohnes stattgefunden. Am 18. Oktober 1980 akzeptierte die Regierung Rallis – genauer: ein engerer Regierungsausschuss namens Kyvernitiki Epitropi – den sogenannten Rogers-Plan betreffend die Reintegrierung Athens in das militärische Nato-Gefüge. Vor dem Treffen des Regierungsbeschlusses, der eine bedeutende Wende in der hellenischen Aussenpolitik darstellt, beriet sich Ministerpräsident Rallis mit Staatschef Karamanlis, der, wie erwähnt, seinerzeit in seiner Eigenschaft als Premierminister den Weg des Austritts seines Landes aus der militärischen Nato-Organisation eingeschlagen hatte. Dem Gespräch des Ministerpräsidenten mit dem Präsidenten der Republik kam – formalrechtlich gesehen – lediglich der Charakter einer Orientierung des zweiten durch den ersten zu. In Wirklichkeit hat Karamanlis jedoch auch nach seinem Hinüberwechseln ins Präsidialamt in der Athener Diplomatie Entscheidendes zu sagen. Ohne seinen «Segen» wäre der Wiedereintritt Griechenlands ins militärische Gefüge der Allianz undenkbar gewesen.

Der Führer der regierenden Nea Dimokratia, Rallis, dessen Stellung im heterogenen gouvernementalen Lager noch nicht völlig gefestigt ist, war freilich in dieser heiklen Angelegenheit auch auf das Plazet der Streitkräfte angewiesen, mit denen der ambitiöse Verteidigungsminister Averoff – geschickt operierender Gegenspieler Rallis' in der Regierungspartei – in mancher Beziehung liiert ist. Ebenfalls am 18. Oktober 1980 hiess der Oberste Rat der Nationalen Verteidigung (ASEA) den Rogers-Plan gut. Diesem zivil-militärischen Gremium, dem u. a. der Ministerpräsident, der Verteidigungsminister und der Oberkommandierende der Streitkräfte angehören, fiel es keineswegs schwer, grünes Licht für die Reintegrierung Griechenlands in die militärische Organisation der Allianz zu geben. Dies nicht nur, weil das

Rogers-Papier zwei Tage zuvor – am 16. Oktober 1980 – vom Oberkommandierenden der Nato-Streitkräfte in Europa und vom Oberbefehlshaber der hellenischen Streitkräfte, General Gratsios, bei einem Treffen der beiden Männer in Neapel (Italien) erörtert worden war, wodurch, wie schon so oft in der Vergangenheit, wieder einmal klar zum Ausdruck kam, dass Athens Verhältnis zur Nato eine Angelegenheit ist, bei deren Regelung die griechische Armee ein gewichtiges Wort mitzureden hat, sondern auch deshalb, weil Averoff aus seiner «proatlantischen» Gesinnung nie ein Hehl gemacht hatte.

In gewissem Sinne ist die Rückkehr des verlorenen Sohnes in das Nato-Militärgefüge denn auch als die Durchsetzung der betont prowestlichen Linie Averoffs zu würdigen – einer Linie, welche mit dem zeitweilig von Karamanlis befolgten Kurs der «multidimensionalen Diplomatie» bzw. der «Öffnung zum Osten» nicht immer in Einklang zu bringen war. Rallis galt bis zum Wiedereintritt Griechenlands in die militärische Organisation der Allianz im Gegensatz zu Averoff als ein Politiker, der, ähnlich wie sein «Protektor» Karamanlis, dazu neigte, die Parole der Zugehörigkeit Griechenlands zum Westen mit dem Postulat der nationalen Unabhängigkeit zu verbinden. Das Image des «proamerikanischen Atlantikers», das Averoff kennzeichnete und immer noch kennzeichnet, war Rallis jedenfalls fremd. Die gegensätzliche Profilierung der beiden Politiker ist auch im Zusammenhang mit der Tatsache zu sehen, dass der Ministerpräsident, seiner Herkunft nach Royalist und Rechtsstehender, eine «liberale», der Verteidigungsminister, seiner Provenienz nach Republikaner und Venizelist, eine «konservative» Korrektur des ihm anhaftenden Rufes anstrebt.

Auf die oben signalisierte Durchsetzung seiner Linie anspielend und gleichzeitig Gerüchte über Meinungsdivergenzen zwischen Rallis und ihm dementierend, erklärte Averoff unlängst, dass er mit dem Ministerpräsidenten «in allen grossen Fragen» «eng und aufrichtig» zusammengearbeitet habe («Vradyni» und «Ta Nea» vom 1. Dezember 1980). Dabei erwähnte der Verteidigungsminister besonders das «für Griechenland grosse Thema der Wiederkehr in die Nato». Es wäre allerdings falsch, wenn man meinte, die Wende in der Angelegenheit des Verhältnisses Athens zur Nato sei Averoffs alleiniges Verdienst. Zur Entwicklung in diese Richtung trugen verschiedene Faktoren bei. Entscheidend wirkte sich dabei die Einsicht Athens aus, dass sich der am 14. August 1974 beschlossene Austritt aus dem Nato-Militärgefüge im Laufe der Zeit als Bumerang erwies. Dies musste auch Ministerpräsident Rallis am 22. Oktober 1980 in seiner anlässlich der Debatte über die Rückkehr Griechenlands in die Nato-Militärorganisation gehaltenen Rede im Parlament, wenn auch ziemlich verklausuliert, einräumen. Der Regierungschef befand sich in der nicht gerade angenehmen Lage, sowohl den Austritt vom 14. August 1974 als auch den Wiedereintrittsbeschluss vom 18. Oktober 1980 zu rechtfertigen. Seine Aufgabe ähnelte derjenigen der Quadratur des Zirkels und wurde wegen des Umstandes noch schwieriger, dass Rallis auf

Karamanlis Rücksicht nehmen musste, der im Sommer 1974 den Streitkräften die Weisung erteilte, sich aus dem Nato-Bündnis zurückzuziehen. Der Nachfolger des «strengen Mazedoniers» im Amt des Ministerpräsidenten zog sich aus der Affäre, indem er in seiner Parlamentsrede die Gründe für die schwerwiegende Entscheidung vom Sommer 1974 zu erklären versuchte, gleichzeitig aber zugab, dass jener Schritt nicht all diejenigen für Griechenland günstigen Folgen zeitigte, welche sich die damalige griechische Regierung davon erhofft hatte. Und Rallis fügte bezeichnenderweise hinzu: «Eine Verlängerung dieser Situation (der Nichtzugehörigkeit Griechenlands zur militärischen Organisation der Nato) barg Gefahren nicht nur für Griechenland, sondern auch für Zypern in sich.»

Ein Bumerang

Die hauptsächliche nachteilige Folge des Austrittsbeschlusses vom Sommer 1974 für Athen ist in der Tatsache zu erblicken, dass Griechenland während mehrerer kritischer Jahre nicht mehr Nato-Vollmitglied war und somit der Türkei die ihr natürlich willkommene Gelegenheit gewährte, den bis zur Zypernkrise bestandenen Status in der Ägäis in Frage zu stellen. So gesehen war die Weisung an die griechischen Streitkräfte, sich aus dem Nato-Bündnis zurückzuziehen, ein schwerer politischer Fehler, den die regierende Nea Dimokratia – zum Teil begreiflicherweise, da sie ja u. a. in dieser Angelegenheit in den Beschuss rechtsextremistischer Elemente geraten ist – nicht offen eingestehen will, den aber der zukünftige Historiker wohl als einen solchen registrieren wird. Man mag einwenden, dass es angesichts der im Sommer 1974 in Griechenland herrschenden Stimmung (Verbitterung über die wirkliche oder angebliche Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber der Militärdiktatur, Empörung über die türkische Invasion auf Zypern, Enttäuschung über die «Tatenlosigkeit» der Nato, innerer Druck einiger mehr oder weniger links des Lagers Karamanlis' stehender Kabinettsmitglieder in der damaligen Regierung, Frustrationsgefühle bei den Streitkräften und beim Volk u. a. m.) fraglich erscheine, ob sich die Regierung Karamanlis anders hätte entscheiden können. Anderseits hätte unter dem Gesichtspunkt der Ausübung politischen Drucks in Richtung Amerikas und der Türkei wahrscheinlich auch eine (vorübergehende) Unterbrechung jeglicher militärischer Kooperation mit der Nato genügt, um die letztlich erreichten Wirkungen (Waffenembargo der USA gegenüber der Türkei, Sensibilisierung eines Teils der internationalen Öffentlichkeit für die hellenischen Thesen usw.) zu erzeugen[2]. Es kommt hinzu, dass Karamanlis durch öffentliche Erklärungen beim Volk den Eindruck hat entstehen lassen, das Abseitsstehen Griechenlands vom Nato-Militärgefüge werde solange dauern, als die Gründe für den Austritt – also die Präsenz der türkischen Armee auf Zypern – Gültigkeit hätten. Damit hat er sich auf eine Art und Weise festgelegt, die der Opposition die Möglichkeit gab, ihn später der Inkonsequenz zu bezichtigen. Anlässlich der Parlamentsdebatte vom Oktober 1980 bezeichnete der

Oppositionspolitiker Ioannis Zigdis den Austritt Griechenlands aus der Nato als einen «historischen Fehler».

Schon im Jahre 1977 merkte die Athener Regierung, dass sich die Nichtzugehörigkeit Griechenlands zur militärischen Organisation der Allianz als Bumerang auswirkte. Sie erklärte sich deshalb bereit, einen «Spezialstatus» betreffend Wiedereingliederung ins Nato-Militärgefüge zu vereinbaren. Im Jahre 1978 kam es zu einer grundsätzlichen Vereinbarung zwischen dem damaligen Oberbefehlshaber der Nato-Streitkräfte in Europa, General Haig, und dem seinerzeitigen Oberkommandierenden der hellenischen Streitkräfte, General Davos, die jedoch auf das Veto Ankaras stiess. Dann folgte ein nicht enden wollendes Hin und Her von Vorschlägen und Gegenvorschlägen, welches deutlich zum Ausdruck brachte, wie tief die Kluft zwischen den Ansichten Athens und denjenigen Ankaras war. Noch im Februar 1980 lehnte die griechische Regierung einen ihr von General Rogers unterbreiteten Regelungsentwurf ab, der nach Auffassung Athens die türkischen Thesen zu stark berücksichtigte und deshalb unter dem Gesichtspunkt der griechischen Souveränität «unannehmbar» war. Griechischerseits wurde Washington – wohl im Sinne eines sanften Drukkes – zu verstehen gegeben, dass für Athen die Angelegenheit erledigt sei, wenn bis Ende 1980 keine Lösung gefunden werde. Der Durchbruch begann sich dann im vergangenen Sommer abzuzeichnen, als der griechische Aussenminister Mitsotakis Ende Juni 1980 am Rande der Nato-Ministertagung in Ankara mit Staatssekretär Muskie und seinem türkischen Amtskollegen Erkmen ein Gespräch führte. Am 5. September 1980 musste Erkmen allerdings demissionieren, nachdem ein von der antiwestlich orientierten Nationalen Heilspartei Erbakans eingebrachtes Misstrauensvotum gegen ihn im Parlament mit 230 gegen 2 Stimmen angenommen worden war. Eine Woche später kam es in der Türkei zur Machtergreifung der Militärs. Die Vermutung vieler Beobachter, dass der Staatsstreich der türkischen Junta zu einer zumindest formellen Reaktivierung der Südostflanke der Nato führen würde, bewahrheitete sich. Unmittelbar nach der Annahme des Rogers-Planes durch Athen akzeptierte auch Ankara das vom Oberkommandierenden der Nato-Streitkräfte in Europa ausgearbeitete Dokument. Am 20. Oktober 1980 bekräftigte die zuständige Kommission der Allianz in Brüssel die Rückkehr des verlorenen Sohnes.

Ungetilgte Hypotheken

Wie geht es nun weiter? Es ist bereits der Ausdruck «formelle Reaktivierung der Südostflanke der Nato» geprägt worden. Dadurch ist schon angedeutet, dass die schweren Hypotheken, welche die Allianz im Dreieck Griechenland–Türkei–Zypern belasten, nicht bzw. noch nicht ganz getilgt worden sind. Der Inhalt des Rogers-Planes ist zwar nicht bekannt, weil diesbezüglich die Allianz eine Geheimhaltungspolitik verfolgt, was, wie Verteidigungsminister Averoff im griechischen Parlament nicht zu Unrecht sagte, «einen Nachteil» darstellt. Aus den durchgesickerten Informationen, vor allem aus den Ausführungen der verschiedenen Redner im griechi-

schen Parlament – die Regierung Rallis hat die Oppositionsführer über den Inhalt des Rogers-Plans orientiert – geht aber hervor, dass auch nach der Wiedereingliederung Griechenlands in die Nato-Militärorganisation hinsichtlich der Kontrollrechte in der Ägäis – vor allem im ägäischen Luftraum – Pendenzen, Meinungsdivergenzen und Unklarheiten bestehen. Dabei ist es in unserem Zusammenhang nicht wichtig, ob diese Differenzen und Ungewissheiten schon vor dem Sommer 1974 bestanden haben, wie die regierende Nea Dimokratia geltend macht, oder aber, wie der Führer der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok), Andreas Papandreou, und andere Oppositionspolitiker behaupten, aus dem Rogers-Plan resultieren oder durch ihn akzentuiert werden. Fest steht, dass die griechisch-türkischen Gegensätze betreffend die Kontrollrechte in der Ägäis durch den Rogers-Plan nicht gänzlich beseitigt, sondern lediglich zurückgestellt worden sind. Über manchen strittigen Punkt muss noch verhandelt werden. Und beide Seiten – Athen und Ankara – verfügen nun im Schosse der Allianz über das Vetorecht. Unter diesen Umständen wäre es eine Beschönigung der Lage, wenn man schon jetzt von einer Überwindung der Krise an der Südostflanke der Nato spräche.

Hinzu kommt, dass auch nach der formellen Regelung des Verhältnisses Athens zur Nato die Frage des Festlandsockels der Ägäis und das Zypernproblem die Atmosphäre in den griechisch-türkischen Beziehungen vergiften. Die Griechen sprechen von «türkischem Expansionismus», während mancher nationalistisch gesinnte Türke den Teufel der schon längst versunkenen hellenischen Megali-Idea-Doktrin an die Wand malt. Die «antiatlantische» Stimmung ist in Griechenland nach wie vor weit verbreitet, und davon will vor allem Pasok-Führer Papandreou profitieren, der bereits erklärt hat, der Rogers-Plan sei null und nichtig. Gleichzeitig schlägt Papandreou aber im Bestreben, bei den 1981 stattfindenden Parlamentswahlen zentristische Stimmen zu gewinnen, hinsichtlich der Europa- und Nato-Politik von Zeit zu Zeit auch massvollere Töne an. Allein schon diese zwiespältige Wahltaktik verursacht eine Unsicherheit über den Kurs, den eine allfällige Pasok-Regierung einschlagen würde. Jenseits der Ägäis herrscht nun seit dem 12. September 1980 die türkische Militärjunta, die sich zwar nicht zu Unrecht auf die katastrophale Lage vor ihrer Machtergreifung berufen hat, deren innenpolitischer Kurs aber unter dem Gesichtspunkt der freiheitlichen Demokratie und der Wahrung der Menschenrechte nicht über jeden Zweifel erhaben ist. Nicht von ungefähr fordern Kenner der Lage, dass die internationale Wirtschaftshilfe an die Türkei an die Bedingung der Durchführung eines Stabilisierungsprogramms und auch an Bedingungen hinsichtlich der Wahrung der Menschenrechte und der Rückkehr zur Demokratie geknüpft werden sollte[3].

Die Existenzberechtigung der Nato wurzelt in der Verteidigung der auf der Menschenwürde beruhenden westlichen Auffassung über Freiheit und Demokratie. So kann auch eine dauerhafte Reaktivierung der Südostflanke der Allianz nur auf der Grundlage des freien Konsensus des griechischen und des türkischen Volkes er-

folgen. Das wiederum setzt die Überwindung der nationalistischen Emotionen und die Schaffung eines Klimas der Freundschaft im Sinne der grossen Staatsmänner Eleftherios Venizelos und Kemal Atatürk voraus. Davon ist man aber leider dies- und jenseits der Ägäis noch weit entfernt.

Pavlos Tzermias

[1] Vgl. Pavlos Tzermias, Zypern – Vergangenheit und Gegenwart, Europäische Rundschau, 74/4, S. 17 ff. Zur Zypernfrage siehe ferner: Pavlos Tzermias, Das Selbstbestimmungsrecht der Cyprioten, Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht, Band IX, Heft 2, 1958, S. 193 f.; derselbe, Der neue Status Cyperns, Archiv des öffentlichen Rechts, 84. Band, 1959, S. 459 ff.; derselbe, Die Entstehung der Republik Cypern, Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge, Band 9, 1960, S. 245 ff.; derselbe, Die Verfassung der Republik Cypern, Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge, Band 10, 1961, S. 485 ff. – [2] Vgl. zum Austritt Athens aus dem Militärverband der Nato als Reaktion der griechischen Regierung auf die zweite türkische Intervention Paris Varvaroussis, Konstellationsanalyse der Aussenpolitik Griechenlands und der Türkei (1974–1975: seit der Invasion der Türkei in Zypern), Dissertation München 1979, S. 111 ff. – [3] Vgl. z. B. Egbert Gerken, Stabilisierung der türkischen Wirtschaft und internationale Hilfe, Europa-Archiv, Folge 21/1980, S. 655 ff., insbes. 663.

ZWISCHEN ANPASSUNG UND DISSIDENZ

Neues zum Fall Schostakowitsch

Nachdem vor etwas mehr als einem Jahr die von *Solomon Wolkow* in Leningrad aufgezeichneten und nachfolgend für die Drucklegung überarbeiteten *«Memoiren des Dmitrij Schostakowitsch»* zunächst bei Harper & Row (*Testimony,* New York 1979), dann auch bei mehreren westeuropäischen Verlagen – deutsch unter dem Titel *Zeugenaussage* (Hamburg 1979) – erschienen waren, kam es in der sowjetischen Presse sowie in den offiziellen Künstlerverbänden der UdSSR zu einer lautstarken Kampagne, deren Ziel es sein sollte, das kanonisierte Konterfei des 1975 verstorbenen «Volkskünstlers» und einstigen Stalin- und Lenin-Preisträgers vor der tendenziösen Entstellung «durch die schmutzigen Hände von Geschäftemachern und Gaunern» zu schützen, wobei mit besonderem Nachdruck, wenn auch ohne jede sachbezogene Argumentation Wolkows «ungeheuerlicher Versuch» gerügt wurde, der «erhabenen Gestalt des genialen Komponisten und flammenden Patrioten» einen *andern,* vom Stereotyp des loyalen kommunistischen Kulturschaffenden schroff abweichenden Schostakowitsch entgegenzusetzen.

Das für den Sowjetstaat und für dessen angeblich progressive Kunstpolitik äusserst negative, ja desolate Fazit von Schostakowitschs *Zeugenaussage* konnte in Moskau ebensowenig widerlegt werden wie der seit langem gegenüber Scholochow bestehende, neuerdings von Solschenizyn und Medwedew wieder aufgegriffene Plagiatsverdacht bezüglich des Romans *Der Stille Don,* und so wurde denn das kritische Erinnerungswerk in Ermangelung stichhaltiger Gegen-

beweise pauschal als «jämmerliche Fälschung» abgetan und damit, gewissermassen, ungeschehen gemacht. Schostakowitschs Werk und «seinem ganzen Leben ein ‚anderes' Antlitz zu geben», sei ein «hoffnungsloses Unterfangen», hiess es damals in einem von sechs Sowjetkomponisten unterzeichneten Protestschreiben, das die *Literaturnaja Gazeta* (1979, Nr. 46) in grosser Aufmachung herausbrachte: «Die Musik Schostakowitschs als solche vermag jedwede falsifizierende Verdächtigung Lügen zu strafen.» – Das klingt wie ein dumpfes Echo auf jene bekenntnishafte (dem sowjetischen Publikum freilich vorenthaltene) Selbstaussage aus den Memoiren des Komponisten, die den Leser dazu anhält, sich bei der Wahrheitsfindung einzig *an die Musik* zu halten, und nicht an irgendwelche «kühnen Worte» *über die Musik:* «In meiner Musik habe ich alles ausgesprochen. Sie verlangt weder historische noch hysterische Kommentare ... Mit Widerwillen betrachte ich Leute, denen Kommentare zu Symphonien wichtiger sind als die Symphonien. Für sie sind viele kühne Worte die Hauptsache, die Musik kann dann ruhig erbärmlich sein ... Ich brauche keine kühnen Worte, sondern kühne Musik, in der der Komponist *aufrichtig seine Gedanken ausdrückt.* Und zwar so, dass die grösstmögliche Anzahl anständiger Menschen in seinem Land und in anderen Ländern diese Musik verstehen und akzeptieren kann und dadurch sein Land und sein Volk versteht ... Ich wende mich nur an Menschen, die hören können. Nur mit ihnen kann ich ein Gespräch führen. Nur mit jenen, denen Musik wichtiger ist als Worte.»

Man weiss, dass sich Schostakowitsch an diese seine Devise weder als vielfach dekorierter Staats- und Parteikünstler noch als Autor seiner dissidenten *Zeugenaussage* gehalten hat. Man weiss, dass er (beispielsweise) seine *Leningrader Symphonie* (op. 60, 1941) offiziell als eine «Hymne auf den Kampf gegen die (faschistischen) Okkupanten» beglaubigen liess, dass er sie jedoch im privaten Kreis als ein musikalisches «Denkmal für die Opfer der (stalinistischen) Säuberungen in Leningrad» verstanden wissen wollte. Dem bei Schostakowitsch permanent ausgetragenen Konflikt zwischen künstlerischem und propagandistischem Wahrheits- und Wahrhaftigkeitsanspruch entspricht auch die Tatsache, dass die in seinen Memoiren rekurrenten Werturteile über Kunst und Künstler seiner Zeit (etwa über Majakowskij, Strawinskij, Prokofjew, Gorkij) wie auch seine Darstellung des sowjetischen Kulturbetriebs die von ihm öffentlich vorgetragenen Verlautbarungen fast ausnahmslos korrigieren oder gar dementieren; lediglich Schostakowitschs Jugenderinnerungen und seine Äusserungen zur russischen Musik- und Theaterkultur des 19. Jahrhunderts sind von dieser doppelzüngigen Rhetorik unberührt geblieben.

Ein kurzfristig zusammengestelltes und ohne Vorankündigung ausgeliefertes Sammelwerk autobiographischer, musikkritischer und kulturpolitischer Schriften Schostakowitschs, das nun beim Verlag des Sowjetkomponisten zu beziehen ist (*O vremeni i o sebe,* Moskau 1980), lässt – im Vergleich mit der *Zeugenaussage,* auf welche es polemisch bezogen ist, ohne dass im übrigen die westliche Publikation auch nur erwähnt wird –

auf ebenso eindrückliche wie irritierende Weise erkennen, wie weit sich im Verlauf eines halben Jahrhunderts der eine vom andern, der inoffizielle vom offiziellen Schostakowitsch entfernt hat und hat entfernen müssen, um gleichzeitig die innere Emigration *und* die obligaten Nomenklatur-Rituale eines «verdienten Kunstschaffenden der Sowjetunion» zu vollziehen.

Die von *Michail Jakowlew* präsentierten Texte Dmitrij Schostakowitschs entstammen fast ausschliesslich der sowjetischen Partei- und Regierungspresse sowie offiziellen Sitzungs- und Tagungsberichten; der Zeitraum ihrer Entstehung erstreckt sich auf die Jahre 1926 bis 1975. Der streng chronologisch gegliederte Reader dokumentiert ab 1926 jedes Kalenderjahr durch (mehrheitlich gekürzte) Textbeiträge des Komponisten und durch einschlägige biographische Hinweise des Herausgebers. Schostakowitschs Aussagen über «seine Zeit und sich selbst» bleiben im wesentlichen auf die Sphäre des sowjetischen Musikbetriebs beschränkt, sie haben – im Unterschied zur *Zeugenaussage* – durchweg den Charakter distanzierter Erklärungs- oder Rechtfertigungsversuche, denen die Dimension des Persönlichen, in der Humor, Trauerarbeit und «wahre Empfindung» gleichermassen zum Ausdruck kämen, völlig abgeht. Statt künstlerischen Bekenntnissen und subjektiven Positionsmeldungen vernimmt man von einem durch und durch konformistischen Schostakowitsch fremdbestimmte Meinungen, pathetische Treuegelübde und klassenkämpferische Slogans, die, von Selbst-Aussagen weit entfernt, unschwer als Zitate aus dem totalitären Diskurs sowjetischer Kulturfunktionäre zu erkennen sind. Das nimmt sich dann in der Regel etwa wie folgt aus: «Ich war bemüht, in meiner Dritten Symphonie (1929) nichts anderes wiederzugeben als die allgemeine Stimmung des Festes der internationalen Solidarität des Proletariats. Ich wollte den friedlichen Aufbau in der UdSSR abbilden [sic]. Ich will beifügen, dass hier das Element des Kampfes, der Energie und des ‚Die-Hände-nicht-in-den-Schoss-Legens' als roter Faden durch die ganze Symphonie geht.» (1930) – Oder: «Ich bin ein Sowjetkomponist. Unsere Epoche fasse ich als eine heroische, gesunde und aussergewöhnlich lebensfrohe Epoche auf.» (1933) – «Bei uns in der Sowjetunion kann jeder qualifizierte Arbeitnehmer in sämtlichen Branchen – sei er nun Regisseur, Schriftsteller, Ingenieur oder Komponist – mit riesengrosser Aufmerksamkeit von Seiten der Partei und der Regierung rechnen.» (1935) – Zum Projekt einer Lenin-Symphonie: «Seit langem denke ich angestrengt darüber nach, wie ich dieses Thema mit den Mitteln der Musik wiedergeben könnte. Ich schrecke nicht davor zurück, in der Symphonie die Werke verschiedener Dichter über Lenin zu vereinigen. Die innere künstlerische Einheit ist vor allem in jenem Gefühl der Liebe beschlossen, von dem ein jedes Wort der Völker über Lenin erfüllt ist ... In der Kunst das gigantische Bildnis des Führers zu verkörpern, ist eine unwahrscheinlich schwierige Aufgabe ...» (1938) – «Unsere Schriftsteller, Künstler und Musiker haben zur Zeit des Grossen Vaterländischen Kriegs viel Arbeit, sie arbeiten angestrengt und fruchtbar, weil ihr Schaffen be-

wehrt ist von den allerprogressivsten Ideen unserer Epoche. Und während unsere Geschütze krachen, erheben unsere Musen ihre machtvolle Stimme ...» (1942) – «Ich will (in der Festouvertüre) in musikalischen Bildern das Pathos friedfertiger Arbeit auf den Bauplätzen des neuen Fünfjahrplans verkörpern.» (1947). – «Wir rufen die fortschrittlichen Musikkünstler der Welt auf die Positionen des Realismus zurück, mithin auf die Grundfesten einer echten, einer wertvollen demokratischen Kunst, die dazu geeignet ist, die Kunst wieder in ihre Rechte einzusetzen ...» (1949) – «Es ist unsere heilige Pflicht, alle unsere Kräfte, unser Wissen und unsere Erfahrung einzusetzen für die Schaffung von Werken, welche die Schöpfergewalt und die geistige Schönheit des Volkes würdig verkörpern – unseres Volkes, das selbstbewusst unter dem Banner der Kommunistischen Partei den leuchtenden Gipfeln des Kommunismus entgegenschreitet ...» (1953) – Zu seiner Auszeichnung als Held der sozialistischen Arbeit schreibt Schostakowitsch (1966): «Heissen Dank unserer Partei und unserer Regierung für die tiefe Anteilnahme und Unterstützung, welche in unserem Lande allen Musikern zuteil wird ... Ich bin des Wunsches voll, diese Auszeichnung abzugelten ...» – Und noch in seinem Todesjahr, als seine *Zeugenaussage* bereits diktiert war, erwies Schostakowitsch dem Sowjetsystem und der von diesem System hervorgebrachten fiktiven Gestalt eines angeblich «neuen Menschen» seine vorbehaltlose (rhetorische) Reverenz: «*Wir Sowjetkünstler müssen glücklich sein,* denn dieser Mensch, der dabei ist, die lichte kommunistische Zukunft zu schaffen, lebt an unserer Seite. Seine geistige Welt und sein Tun sind Ausdruck der allerfortschrittlichsten Bestrebungen der Menschheit ... Als sowjetische Kunstschaffende bleiben wir des Vermächtnisses Lenins eingedenk, wonach Kunst nicht den obern Zehntausend, sondern Millionen von einfachen Menschen in aller Welt zu dienen hat ... Mag die Musik der Menschheit Glück bringen und deren geistiges Leben bereichern, mag sie den Menschen dazu verhelfen, ihren Kummer leichter zu ertragen und ihre Lebensfreude auf Erden totaler und aktiver zu empfinden ...» – Fast gleichzeitig mit der Niederschrift dieser zweckoptimistischen Propagandaphrasen gab Schostakowitsch seinem Schüler Wolkow das Finale der *Zeugenaussage* zu Protokoll: «Ich hatte immer gedacht, mein Leben sei so überreichlich mit Unglück versorgt, dass man kaum einen unglücklicheren Menschen als mich finden könnte. Als ich dann aber die Lebensgeschichten meiner Freunde und Bekannten überdachte, erschrak ich. *Keiner von ihnen hat ein leichtes und glückliches Leben gehabt.* Einige fanden ein schreckliches Ende. Andere starben unter entsetzlichen Qualen. Viele hatten ein sehr viel unglücklicheres Leben als ich ... Ich dachte an meine Bekannten. Und ich sah nur Tote ... Ich übertreibe nicht: Berge von Toten ... Vielleicht kann meine Erfahrung jüngeren Menschen nützen. Vielleicht bleiben ihnen dann so schreckliche Enttäuschungen, wie ich sie erleben musste, erspart. Vielleicht gehen sie besser vorbereitet, besser abgehärtet als ich ins Leben. Vielleicht wird ihr Leben frei sein von den Bitternissen, die mein Leben grau gefärbt haben.»

Im Gegensatz zu Solschenizyn und zu manchen andern Dissidenten, die das Verhältnis des Künstlers zum Sowjetstaat auf eine kompromisslose Alternative (entweder/oder) festzulegen und es durch den moralischen Imperativ der Selbstverweigerung einzuschränken pflegen (vgl. Solschenizyns Manifest *Lebt nicht mit der Lüge!* von 1974), hat sich Schostakowitsch – viel früher schon – für die nicht weniger anspruchsvolle Existenzform des angepassten Häretikers entschieden, der die Alternative bewusst als Kompromiss (sowohl/wie auch) auszuleben und den Widerspruch als innnern Dialog zu praktizieren versucht; der der Lüge nicht abschwört, sondern sie konsequent als Kehrseite der Wahrheit einsetzt und also die fremde (totalitäre) mit der eigenen (individuellen) Rede versöhnt. Ganz im Sinn Solschenizyns, jedoch von konträren psychologischen und weltanschaulichen Prämissen ausgehend, hat Schostakowitsch im Briefwechsel mit einem jüngeren polnischen Komponisten gleichwohl fordern können: «... *das ganze Leben über sollten wir einzig und allein die Wahrheit sagen* ...» (zitiert nach Krzysztof Meyer, *Dmitrij Schostakowitsch,* Leipzig 1980).

In einem unlängst erschienenen Aufsatz Solomon Wolkows über «Schostakowitsch und Dostojewskij» (in *Russia,* H. 4, Torino 1980) heisst es zum Problem der Verinnerlichung unlösbarer Konflikte und zu dem dadurch bedingten Phänomen einer logisch beziehungsweise ideologisch verkehrten Welt: «Für Schostakowitsch wurde in den letzten Jahren seines Lebens die Illusion, innere Konflikte in der Aussenwelt lösen zu können, immer deutlicher und offensichtlicher. Es war dies seine grosse und bittere Einsicht, welche ihren Niederschlag in der XIV. und XV. Symphonie, in den letzten Streichquartetten und Sonaten sowie in einigen andern Werken gefunden hat. Zwar wurde ihm Anerkennung und Zuneigung zuteil. Doch die Spannung des innern Konflikts, der – im Unterschied zu einem äussern Konflikt – keinerlei Aussicht hatte, innerhalb der gegebenen psychologischen Situation gelöst zu werden, zerriss ihn fast. Und gerade in diesen Jahren mutete er sich Stoffe zu wie *Die Brüder Karamasow, Die Dämonen, Schuld und Sühne,* und in den Romanen Dostojewskijs suchte er nach Parallelen zu seinem eigenen Seelenzustand ... Und gerade die Musik der sogenannten ‚letzten Periode' in Schostakowitschs Schaffen (seit den späten sechziger Jahren) ist doch von ganz besonderer Tiefe, ist erfüllt von innerer Dramatizität. Noch immer gibt es hier die einstige Gedankenversunkenheit, aber der Konflikt verschwindet gleichsam aus dem äussern offenen Raum. Er verbirgt sich, wird weniger sichtbar, wenn auch keineswegs weniger schneidend. Das Motiv der ‚Einsamkeit in der Masse' gewinnt die Züge wahrhaftiger Auswegslosigkeit ... Niemals kommt in Schostakowitschs Musik ein Mensch mit einem andern Menschen ins Gespräch. Er weiss, dass er in diesem unserem zerteilten Raum kein Gehör finden wird, in einer Welt, in welcher das Gerassel der Vernichtungswaffen zum einzigen kommunikativen Geräusch geworden ist.»

Felix Philipp Ingold